

Nachrichten

SOFTCARD

Mobiler Bezahldienst bei Google auf der Kaufliste

Google erwägt einem Onlinemagazin zufolge die Übernahme des mobilen Bezahldienstes Softcard, an dem auch T-Mobile US beteiligt ist. Wie TechCrunch am Freitag unter Berufung auf Insider berichtete, könnte der Preis unter 100 Millionen Dollar liegen. Softcard bietet einen drahtlosen Bezahldienst über mobile Geräte wie Handys an und steht in Konkurrenz zu Apples Angebot Apple Pay. TechCrunch zufolge gehen die Insider davon aus, dass der US-Internetkonzern an den Patenten der Firma interessiert sein dürfte. Google war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen, ein Softcard-Vertreter lehnte einen Kommentar ab.

RATINGAGENTUR

Deutschland behält höchste Kreditwürdigkeit

Die Ratingagentur Fitch bewertet die Kreditwürdigkeit Deutschlands und Luxemburgs weiterhin mit der Bestnote „AAA“. Wie Fitch am Freitag mitteilte, bleibt auch der Ausblick für die beiden Länder stabil. Die deutsche Wirtschaft wachse, und die Haushaltslage sei relativ günstig, begründeten die Bonitätswächter ihre Einschätzung. Luxemburg sei stark aufgestellt. Zudem habe sich die Wirtschaft des Großherzogtums seit der Finanzkrise kräftig erholt. Dagegen senkte Fitch den Ausblick für Griechenland auf „negativ“ von zuvor „stabil“ wegen der derzeitigen politischen Unsicherheit. Das Parlament in Athen wird am 25. Januar neu gewählt. In den Umfragen liegt die linke Syriza-Partei vorn.

VERBRAUCHER

EU will besseren Schutz vor Bio-Etikettenschwindel

EU-Agrarkommissar Phil Hogan will den Schutz vor Verbrauchertäuschungen bei Biolebensmitteln verbessern. „Wo bio draufsteht, muss auch bio drin sein. Wir dürfen Etikettenschwindel nicht zulassen“, sagte Hogan der „Passauer Neuen Presse“. Dazu solle eine geplante neue Bio-Richtlinie beitragen. Mit Blick auf Warnungen auch von Ökobranche und Politik aus Deutschland vor zu viel Bürokratie signalisierte der Kommissar Kompromissbereitschaft. Zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP sagte er, die EU werde nicht zulassen, dass Regional-spezialitäten wie Nürnberger Rostbratwurst in den USA nachgemacht und nach Europa eingeführt werden könnten.

FINANZEN

Postbank-Chef für Aktienverkauf an der Börse

In der Diskussion um die Zukunft der Postbank favorisiert der Chef des Instituts einem Magazinbericht zufolge den Verkauf eines größeren Aktienpakets an der Börse. Frank Strauß mache sich innerhalb der Postbank-Muttergesellschaft Deutsche Bank für diesen Schritt stark, berichtete die „WirtschaftsWoche“ unter Berufung auf nicht genannte Konzernkreise. Das Vorhaben gelte als leichter umsetzbar als ein ebenfalls diskutierter Verkauf an das spanische Geldhaus Santander oder eine Abspaltung des kompletten Privatkundengeschäfts. Die Deutsche Bank lehnte eine Stellungnahme ab und betonte, dass es unverantwortlich sei, über einen Verkauf von Geschäftsbereichen zu spekulieren.

Telefontarife

GÜNSTIG TELEFONIEREN

Sa.-So. Uhrzeit	Ferngespräche Vorwahl	Cent./Min.
0-7	01028	0,10
7-8	01028	0,10
8-9	01041	0,72
9-12	01020	0,75
12-15	01020	0,75
15-18	01020	0,75
18-19	01020	0,75
19-21	01070	0,63
21-24	01070	0,63

Sa.-So.	Ortsgespräche	Cent./Min.
0-8	01028	0,10
8-19	01038	1,38
19-21	01097	0,62
21-24	01028	0,57

Mo.-So.	Festnetz zum Handy	Cent./Min.
0-24	01068	2,43

Mo.-So. Land	Ferngespräche Vorwahl	Cent./Min.
Frankreich	01069	0,84
Griechenland	01069	1,33
GB	01069	0,96
Italien	01074	0,66
Niederlande	01097	1,39
Österreich	01069	1,61
Polen	01069	1,27
Portugal	01069	1,46
Schweiz	01069	1,31
Spanien	01069	1,17
Türkei	01052	2,62
USA	01069	0,96

Alle Anbieter mit kostenloser Tarifanfrage. Alle Angaben ohne Gewähr. Da kurzfristige Preisänderungen möglich sind, Sonderangebote bleiben unberücksichtigt. Bei einigen Anbietern kann es wegen Kapazitätsengpässen zu Erwahlproblemen kommen. Quelle: www.biallo.de Stand: 16.01.2015, 12:00 Uhr

Die Leiden der Schweizer

Die Nationalbank hat den Franken vom Euro gelöst. Durch die starke Währung gerät das Geschäftsmodell des Alpenlandes in große Gefahr

VON TOBIAS BAYER

ZÜRICH – Dafür zahlt der Kunde gern etwas mehr. Warme Crêpes, nicht dicker als 0,7 Millimeter. Einzeln gebacken und gerollt wie eine Havanna-Zigarre, gefüllt mit zarter Schokolade. „Hüppen“ heißt die Spezialität, die das Unternehmen Gottlieb seit 1928 im Schweizer Gottlieben am Bodensee fertigt. Zu umgerechnet 0,70 bis 1,60 Euro das Stück. Seit Donnerstagmorgen ist die Hüppe für deutsche Feinschmecker noch um einiges teurer. Ohne dass Geschäftsführer Dieter Bachmann dazu irgendetwas beigetragen hätte. Schuld ist der Wechselkurs. Die Schweizer Nationalbank (SNB) hat den Franken völlig unerwartet vom Euro abgekoppelt. An den Kapitalmärkten folgte ein Erdbeben. Der Frankenkurs schoss binnen Sekunden nach oben. Von 1,20 Franken je Euro auf zwischenzeitlich 0,85 Franken, um sich dann nahe der Parität einzupendeln. Die Aktien an der Schweizer Börse brachen ein und verzeichneten das größte Tagesminus seit 1989. „Schwarzer Donnerstag“ in Zürich.

Gestaffeltes Vorgehen erwartet

Gottlieb-Chef Bachmann erreichte der SNB-Entscheidung am Tag mitten in einem Kundengespräch. „Der Schweizer Franken liegt ja jetzt bei 1,04 Franken zum Euro“, ließ sein Kunde fast beiläufig fallen. „Nein, das kann nicht sein“, entgegnete Bachmann verärgert. Er eilte in sein Büro, rief die Nachrichtenseiten im Internet auf. Und war fassungslos. „Das hatte ich nicht erwartet. Ich hatte gedacht, dass die SNB gestaffelt vorgeht.“

Für die Schweizer Industrie, für die Finanzwirtschaft und den Tourismus brechen nun harte Zeiten an. Ein starker Franken verteuert ihre Produkte und Dienstleistungen außerhalb der Schweiz. Die mögliche Folge: Die Umsätze fallen, die Wirtschaft schmiert ab, Deflation zieht auf. Selbst für Qualitätsanbieter wie Gottlieb, die einen Großteil ihres Umsatzes im eigenen Land erzielen, wird es ungemütlich. „Unsere Hüppen werden von Firmen gern

als Weihnachtsgeschenk versandt. Wenn diese Firmen unter dem Wechselkurs leiden, bekommen wir das auch zu spüren“, sagt Bachmann. Deshalb steuert er um. Deutschland, Frankreich und Italien bearbeitet er nicht mehr aktiv. Stattdessen setzt er auf China, Dubai, Singapur und bald Hongkong. „Alles in allem ist es durchaus möglich, dass wir zehn bis 20 Prozent unserer Kunden verlieren.“

Einmal mehr rappelt es im Frankenland. Die Schweiz, einst gepriesen als der Hort der Stabilität, der Besonnenheit und Präzision, sorgt für Verunsicherung. Zuerst der Steuerstreit mit den USA und Deutschland, der die Eidgenossen das Bankgeheimnis kostete. Dann eine Serie an Volksinitiativen, die so gar nicht zum liberalen Selbstverständnis der Schweiz passten. Abgestimmt wurde über Zuwanderungsschranken, Obergrenzen für Managergehälter, über Mindestlöhne. Zur negativen Standortwerbung trägt seit dieser Woche auch die Notenbank bei. Seit Herbst 2011 hielt die SNB den Franken künstlich niedrig, um der heimischen Exportwirtschaft zu helfen. Sie verteidigte ein Kursziel von 1,20 Franken je Euro und kaufte dazu massenweise Euro auf. Sie häufte Devisenreserven von grob 500 Milliarden Franken an. Die SNB-Bilanz entspricht 85 Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung.

Die Summe wäre bald noch weiter gewachsen. Schließlich steht die Europäische Zentralbank (EZB) kurz davor, Staatsanleihen aufzukaufen. Das wird den Euro weiter schwächen und hätte den Aufwertungsdruck auf den Franken erhöht. Am Donnerstag zog SNB-Gouverneur Thomas Jordan die Reißleine. Auf der eilig einberufenen Pressekonferenz gibt er sich schmallippig. Er will nichts Falsches sagen. „Das kann ich nicht genau beantworten“, sagt er und: „Ich will hier nicht in die Details gehen.“ Bei der internationalen Presse kommt er schlecht weg. Sie spricht von „Schweizer Hammer“, von „Schweizer Schock“, vom „Super-GAU“. Die abfällige Bezeichnung „Gnome von Zürich“ macht die Runde.

Am härtesten gehen die Schweizer selbst mit der SNB um. Die Politik fürchtet einen Milliardenverlust der Notenbank, der ein Loch in die Staatsfinanzen reißen würde, und bangt um Arbeitsplätze. Die Sozialdemokratin Susanne Leutenegger Oberholzer kommentiert auf Twitter: „Das SNB-Direktorium muss die Folgen ihres Entscheides für den Arbeitsplatz nicht persönlich tragen. Vorerst nicht.“ Das klingt wie eine Rücktrittsforderung. „Schweizer Wirtschaft in großer Sorge“, titelt der Arbeitgeberverband Economiesuisse. „Massive Gefahr für Löhne und Arbeitsplätze“, schreibt der Gewerkschaftsbund. Am lautesten poltert Nick Hayek, der Chef des Uhrenkonzerns Swatch mit Marken wie Omega oder Tissot. „Es fehlen einem die Worte“, poltert Hayek. „Jordan ist ja nicht nur der Name des SNB-Präsidenten, sondern auch ein Fluss, und was die

SNB da veranstaltet, ist ein Tsunami.“ Und zwar „sowohl für die Exportindustrie wie auch für den Tourismus und schlussendlich für die ganze Schweiz“. Wie heftig der Tsunami ausfällt, darüber debattieren die Experten. Aktuell entwickelt sich die Schweizer Wirtschaft besser als die der Euro-Zone. Allerdings fallen die Preise. „Sollte die Aufwertung des Franken anhalten, dann würde das das Wachstum drücken“, sagt Roberto Mialich, Leiter der globalen Währungsstrategie bei der italienischen Unicredit. „Der deflationäre Druck im Land könnte sich verstärken.“

Gegenwind und Rückenwind

Etwas entspannter schätzt Klaus Wellershoff die Lage ein. Die Schweizer Wirtschaft werde das wegstecken, sagt der Ex-Chefvolkswirt der Schweizer UBS, der ein Beratungsunternehmen in Zürich hat. Der Franken gewinne gegenüber dem Euro, gleichzeitig werde aber der Dollar auf. „Es gibt also Gegenwind und Rückenwind“, sagt Wellershoff. Die Schweizer Industrie habe sich in den vergangenen Jahren fit gemacht, die Lohnstückkosten seien gesunken. Vor der SNB-Entscheidung war Wellershoff für das kommende halbe Jahr von einem Wachstum von zwei Prozent ausgegangen. Der starke Franken könne das auf 1,5 Prozent verringern.

Doch der Ausblick verdüstert sich, selbst ganz weit oben. In Saas-Fee im Kanton Wallis leitet Josef Planzer das Fünfsternehotel „Ferienart Resort & Spa“. Das Hotel ist gut gebucht. Dennoch: Die geruhsamen Zeiten seien vorbei. „Alles ist dank des Internets transparent, es wird im letzten Moment gebucht. Die Kunden richten sich nicht selten nach dem Wetterbericht.“ Planzer passt die Preise laufend an. „Was macht der Markt, fragen wir uns. Das ist fast wie an der Börse.“ Eine Mitarbeiterin verfolgt auf zwei Monitoren live die Buchungen, die in Datentabellen eingehen. „Pick-up-System“ wird das genannt, maximale Auslastung ist das Ziel. Abhängig von der Nachfrage wird der Preis gesenkt. Die gute alte Zeit ist vorbei.

Auf dem Gipfel Der Kurs des Franken ist in die Höhe geschossen
PA/DA/GEORG HOCHMUTH



Bahn fährt oft zu spät ans Ziel

Unpünktlichkeiten durch Wetter, Streiks und Kabeldiebe. Lokführer drohen mit Ausstand

BERLIN – Die Bahn ist im vergangenen Jahr insgesamt pünktlicher geworden, hat das selbst gesetzte Ziel allerdings verfehlt. Das geht aus einer am Sonntag veröffentlichten Statistik des Unternehmens hervor. Demnach führen 76,5 Prozent der Fernverkehrszüge wie ICE oder IC planmäßig. Unterdessen drohte die Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) vor der Fortsetzung der Tarifverhandlungen mit erneuten Streiks.

Die Zielmarke der Bahn in Sachen Pünktlichkeit liegt im Fernverkehr bei 80 Prozent. Im Vorjahr war ein Wert von 73,9 Prozent erreicht worden. Im Nahverkehr waren die Züge mit einer Quote von 94,9 Prozent den Angaben zufolge in etwa so pünktlich wie im Vorjahr. Insgesamt kamen 2014 94,5 Prozent aller Personenzüge der Bahn pünktlich an. Das ist nach Angaben der Bahn eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr und der zweitbeste Wert der vergangenen fünf Jahre.

Als Gründe für Verspätungen nannte die Bahn unter anderem die Streiks vom vergangenen Herbst, die Folgen von Unwettern sowie Kabelklau und Brandanschläge. „Gegen mutwillige und kriminelle Eingriffe in den Bahnverkehr, Personen im Gleis, extreme Witterung und Streiks können wir nur wenig ausrichten“, erklärte der für Personenverkehr zuständige Bahn-Vor-

stand Ulrich Homburg. Die Bahn werde sich aber weiter bemühen, zuverlässiger und pünktlicher zu werden. Pünktlich sind laut Bahn alle Züge, die bis zu 5:59 Minuten nach Plan an einem Ort ankommen. Die Definition stammt noch aus der Zeit, als Bahnhofszuflüsse keine Sekundenzeiger hatten. Die fünfte Minute endete erst mit dem Sprung des Zeigers auf die sechste.

Mit Blick auf die neue Gesprächsrunde der Tarifverhandlungen am Montag warnte GDL-Chef Claus Weselsky die Bahn davor, auf Zeit zu spielen. Die Urabstimmung sei gelaufen, ein Arbeitskampf daher „jederzeit möglich“, sagte er der „Wirtschaftswoche“.

Gewerkschaft kompromissbereit

Er kündigte an, die Gewerkschaft werde Ende Januar Bilanz ziehen und entscheiden, wie es weitergehe. „Danach kann alles sehr schnell gehen. Dann sind wir quasi über Nacht wieder im Arbeitskampfmodus“, sagte Weselsky. Derzeitiges Ziel der GDL sei es, die Verhandlungen bis März abzuschließen. Als wichtige inhaltliche Fragen nannte er einen eigenen Tarifvertrag für Zugbegleiter und Arbeitszeitverkürzungen sowie Lohnsteigerungen. Dabei signalisierte er grundsätzlich Kompromissbereitschaft.

Die Bahn zeigte sich verwundert über die Aussagen Weselskys. „Kurz vor neuen Verhandlungen zu drohen,

bringt niemanden weiter“, sagte eine Sprecherin. Die Bahn wolle sich auf „sachliche Verhandlungen und auf möglichst zügige Lösungen“ konzentrieren. Im lange Zeit festgefahrene Tarifkonflikt zwischen Bahn und GDL hatten sich beide Seiten vor Weihnachten deutlich aufeinander zubewegt. Weselsky sprach damals von einem „Durchbruch“.

Die Bahn führt Tarifverhandlungen mit der GDL und mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Beide Gewerkschaften wollen Abschlüsse erzielen, die sämtliche in ihnen organisierten Berufsgruppen berücksichtigen. Bisher war die GDL lediglich für die Lokführer zuständig. Zu ihren Mitgliedern gehören aber auch Mitarbeiter des Zugpersonals. AFP/dpa

Versteigerungen

Am 21.1.2015, 11.00 Uhr versteigere ich meistbietend auf dem Gelände der Firma Rehberg, Kanalstraße 47, 12357 Berlin gegen sofortige Barzahlung ein Kfz. BMW M5 nicht fahrbereit, nicht angemeldet, keine Schlüssel und keine Papiere vorhanden. Mindestgebot 2000,- €. Besichtigung ab 10.30 Uhr. Die Versteigerung erfolgt im Wege der Zwangsvollstreckung ohne Gewähr. Pöhlung GV Amtsgericht Schöneberg, T: 0163-461 96 81

Am 23.01.2015 um 11.00 Uhr versteigere ich öffentlich, meistbietend gegen sofortige Barzahlung: 3 gebrauchte Konzertposunen von Bach, Conn u. Yamaha
Ort: Pfandkammer f. d. AG Wedding Oudenarder Str. 16-20 (Gebäude C16), 13347 Berlin
OGV in Boehm

Sie erreichen die Anzeigenabteilung unter Telefon 0 30 / 58 58 88

AUKTIONSHAUS Ulrich Beier
Versteigert am Donnerstag, den 22.01.2015 ab 10.00 Uhr
Fundstückenversteigerung für die BVG, Fundmonate: 08./09./10./2014
TEL. 89 54 02 21 / 42
► Fahrräder ► Schirme ► Brillen ► u.v.m.
► Bekleidung ► Fotoapparate ► Armbanduhren
Besichtigung: 08.00 - 10.00 Uhr – öffentlich bestellter u. vereidigter Auktionator: Ulrich Beier
Saalburgstraße 3/3a • 12099 Berlin www.auktionshaus-beier.de

AUKTIONSHAUS Ulrich Beier
Versteigert am Dienstag, den 20.01.2015, TEL. 89 54 02 21 / 42
im Namen und für Rechnung seiner Auftraggeber ab 10.00 Uhr:
► 1 Pkw „Opel Astra G-CC“ Bj. 11.2001 ► Porzellan ► Nippes
► 1 Pkw „Golf Variant“ Bj. 09.1994 ► Hausrat ► Glas
► Möbel aus der Jahrhundertwende bis heute ► Bilder ► u.v.m.
► Elektrogeräte ► Teppiche
Besichtigung: 08.00 - 10.00 Uhr – Einlieferung stets erbeten
Versteigerer: Monika Beier (öffentl. bestellter, vereidigter Versteigerer Ulrich Beier)
Saalburgstraße 3/3a • 12099 Berlin www.auktionshaus-beier.de

Kunden profitieren kaum von sinkenden Rohstoffpreisen

BERLIN – Die Chemieindustrie, aber auch Reifenhersteller können sich 2015 auf sinkende Kosten für wichtige Rohstoffe einstellen. Das liegt vor allem an den gefallen Ölpreisen. Erdöl ist ein zentraler Grundstoff für viele Chemikalien, aus denen Kunststoffe, Verpackungen und Reifengemische hergestellt werden. Branchenvertreter dämpfen jedoch Erwartungen, dass niedrigere Einkaufspreise in größerem Umfang an die Verbraucher weitergegeben werden könnten. Nutznießer sinkender Beschaffungskosten seien zuerst die Betriebe, sagte der Chefvolkswirt des Verbands der Chemischen Industrie, Henrik Meincke. Nachlässe seien aber auch für Endkunden möglich. Bei Chemikalien werde 2015 ein Preisrückgang von 0,5 Prozent erwartet. Auch die Kautschukindustrie meldet geringere Rohstoffkosten. Dabei spielt Synthekautschuk, für dessen Herstellung auch Öl verwendet wird, in bestimmten Gummigemischen eine Rolle. dpa

Tarifverhandlungen für Metaller beginnen in Berlin

CHEMNITZ – Mit Blick auf die anstehenden Tarifverhandlungen in Sachsen und Berlin-Brandenburg hat die IG-Metall ihre Mitglieder am Sonntagabend in Chemnitz auf die Ziele eingestimmt. An einem Demonstrationsszug vom Industriemuseum zur Chemnitzer Messe nahmen rund 500 Metaller teil, wie IG-Metall-Sprecher Bodo Grzonka mitteilte. „Wir laufen uns warm“, sagte Grzonka. Zu einer anschließenden Kundgebung kamen laut Gewerkschaft rund 1000 Teilnehmer.

Neben 5,5 Prozent mehr Geld fordert die IG Metall unter anderem eine verbesserte Altersteilzeitregelung sowie die Einführung einer Bildungsteilzeit. Für die rund 160.000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen sollen die Tarifverhandlungen am 29. Januar in Radebeul beginnen. Die Friedenspflicht endet am 28. Januar. Für die rund 100.000 Beschäftigten in Berlin-Brandenburg startet die erste Verhandlungsrunde am Dienstag in Berlin. dpa

Deutsche-Bank-Chefs: Entscheidung über Anklage verzögert sich

MÜNCHEN/FRANKFURT – Die Entscheidung über die Anklage gegen den Co-Chef der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen, und mehrere frühere Spitzenmanager der Bank verzögert sich. Die Staatsanwaltschaft München hatte Fitschen sowie dessen Vorgänger Josef Ackermann und Rolf Breuer im August wegen versuchten Betrugs im Kirch-Prozess angeklagt. Ob die Anklage zugelassen wird, sollte der Vorsitzende Richter der 5. Strafkammer, Peter Noll, entscheiden. Noll hat sich nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur aber inzwischen für eine Beförderung an das Oberlandesgericht München beworben. Sollte er mit seiner Bewerbung Erfolg haben, will er seinem Nachfolger die Entscheidung über den Fall überlassen. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass die Manager mit falschen Angaben vor Gericht Schadenersatzzahlungen an die Erben des verstorbenen Medienunternehmers Leo Kirch verhindern wollten. dpa